

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zu der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten  
Wetzel, Frau Teubner, Dr. Daniels (Regensburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN  
— Drucksachen 11/1581, 11/2036 —**

### **Auseinandersetzung um die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters (SNR 300)**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert

- die Bundesregierung auf, das Projekt eines Prototypkraftwerks SNR 300, natriumgekühlter Schnellbrutreaktor in Kalkar (Bundeshaushalt Kapitel 30 05, Titel 892 11), als nicht mehr im Bundesinteresse liegend (§§ 23, 44 BHO) nicht mehr weiter zu fördern;
- die Antragsteller auf, alle Anträge auf Errichtung bzw. Betrieb des SNR 300 bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung zurückzuziehen;
- die Bundesregierung, die Antragsteller einschließlich ihrer internationalen Partner, die Elektrizitätswirtschaft und den Hersteller auf, unverzüglich Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Abwicklung des beendeten Projekts zu regeln.

Bonn, den 28. September 1988

**Dr. Vogel und Fraktion**

#### **Begründung**

Die Brutreaktortechnologie hat seit ihrer vor etwa 25 Jahren weltweit einsetzenden Entwicklung heute ihre technischen, forschungspolitischen und wirtschaftlichen Ziele verloren.

Sie ist aus ökonomischen, energiepolitischen, technologiepolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen nicht mehr zu verantworten:

- Der Primärenergie- bzw. Elektrizitätsverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland und die gegenwärtige und absehbare

Versorgung mit Natururan auf dem Weltmarkt gebieten heute eine Brüterstrategie nicht.

- Der Brüter wird auf Jahrzehnte hinaus nicht wirtschaftlich werden können.
- Der Schnellbrutreaktortechnik kommt industriepolitisch keine Schlüsselstellung im Innovationsprozeß unserer Wirtschaft zu.
- Die gesellschaftlichen Auswirkungen einer umfassenden Plutoniumwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gebieten eine Entscheidung gegen die Brütertechnologie und die dafür zwingend erforderliche Wiederaufarbeitung.
- Die Brütertechnik ist auch sicherheitstechnisch nach den jüngsten Erfahrungen nicht beherrschbar.

Die USA und Großbritannien haben ihre Brüterentwicklung inzwischen beendet. Frankreich steht kurz vor der Wende in seiner Brüterpolitik.

Entscheidend ist, daß nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl alle gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland die Nutzung der Atomenergie nur noch für eine Übergangszeit für richtig halten.

So hat der baden-württembergische Ministerpräsident dem Bundeskanzler seine Absicht übermittelt, die baden-württembergischen Energieversorgungsunternehmen, an denen das Land Baden-Württemberg beteiligt ist, nicht mehr für das Projekt SNR 300 zahlen zu lassen. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß der forschungspolitische und wirtschaftliche Nutzen der Brütertechnologie nicht mehr gegeben ist.

Es ist nicht vernünftig, noch in eine Technologie einzusteigen, die – wenn überhaupt – erst wirtschaftlich zu werden verspricht, wenn die Atomenergie insgesamt überwunden sein soll.